

RS OGH 2003/10/7 5Ob135/03v

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 07.10.2003

Norm

StPO §144a

StPO §367 Abs3

ABGB §1425 I

G über Einziehung gerichtlicher Verwahrnisse BGBl 1963/281 §2 Abs2

Rechtssatz

Wurde einem Drittschuldner durch einstweilige Verfügung nach § 144a StPO ein Drittverbot auferlegt, ist ein Begehren des Drittschuldners auf gerichtlichen Erlag bei aufrechter einstweiliger Verfügung unzulässig, ohne dass zu prüfen wäre, ob die materiellrechtlichen Voraussetzungen eines Erlags nach § 1425 ABGB vorliegen. Ein solcher gerichtlicher Erlag kommt nur als die die strafgerichtliche Verwahrung beendende Verfügung durch das Strafgericht gemäß § 367 Abs 3 StPO oder nach § 2 Abs 2 des BG über die Einziehung gerichtlicher Verwahrnisse in Betracht.

Entscheidungstexte

- 5 Ob 135/03v

Entscheidungstext OGH 07.10.2003 5 Ob 135/03v

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2003:RS0118464

Dokumentnummer

JJR_20031007_OGH0002_0050OB00135_03V0000_003

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at